

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

seit 100 Tagen ist Michael Kretschmer Ministerpräsident – Zeit für eine erste Bilanz. Ich finde übrigens nicht, dass er diese übliche „Schonfrist“ verdient hat. Schließlich hat er als CDU-Generalsekretär seit Jahren die Entwicklung des Freistaates mitbestimmt, und nicht zum Positiven, wie ich finde. Das scheint er fortsetzen zu wollen – auch wenn er bisher vor allem redet und kaum handelt. Der „Sachsenspiegel“ sah ihn als Regierungschef, der allen alles verspricht: Doch mit dem Einlösen hapert es. Kretschmer benennt ständig eine von der CDU selbst verschuldete Mängelliste und kündigt zum x-ten Mal an, dass er die Schäden reparieren will. Die soziale Spaltung ist der größte Missstand – aber wo sind hier Kretschmers neue Rezepte? Der einzige reale Punkt ist ein Schritt zurück, die Lehrer-Verbeamtung, die die Lehrerschaft spaltet, viel Steuergeld kostet und deren Effekt unsicher ist.

Ins Gespräch bringt Kretschmer sich nicht mit Lösungen, sondern mit zweifelhaften Solidaritätsadressen. Dem Autor Uwe Tellkamp sprang er öffentlich bei, als der wahrheitswidrig behauptete, „95 Prozent“ der Geflüchteten seien vom Motiv der Einwanderung in Sozialsysteme getrieben. Kretschmer meinte dennoch, Tellkamp sei ihm „als kritische Stimme willkommen“. Das gilt wohl auch für den früheren NPD-Chef von Bautzen. Den lud Kretschmer „herzlich“ ein zum Bürgerforum „Miteinander in Sachsen – für eine starke Zukunft“ und nannte ihn einen „vermeintlich ‚Rechten‘“. Ja, eine offene, sachliche Debatte ist wichtig. Aber mit Henkern der Demokratie darf es keinen Dialog auf Augenhöhe geben!

Sachsen braucht keinen Chefprediger, sondern einen Macher, der durch Handeln ermutigt. Ich bin skeptisch, dass Kretschmer diesen Anspruch einlöst.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Endlich weg mit dem bildungspolitischen Scherbenhaufen!

„Aufbruch in schwieriger Zeit – neue Impulse für das Bildungsland Sachsen“. So betitelte Christian Piwarz (Foto) seine Regierungserklärung, mit der er nach monatelangem Koalitionskrach darstellte, wie die Regierung die selbstverursachten Schäden zu reparieren gedenkt. Zweifel daran, dass das gelingen wird, nährt auch diese Rede.

lungen inzwischen mehr als 60 Prozent beträgt.

Gegensteuern wollen CDU und SPD, indem sie ab 2019 grundständig ausgebildete Lehrkräfte im Alter von bis zu 42 Jahren verbeamteten. Für **Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraction**, ist nur eines



Zu einem Aufbruch gehörte, grundsätzlich zu prüfen, ob das Schulwesen noch zeitgemäß ist. Das ist es nicht, etwa weil es kein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Zum Grundsätzlichen kamen auch von Piwarz nur beredetes Schweigen und die üblichen Parolen: „Sachsens Bildungssystem hat in der Vergangenheit und Gegenwart Schlagzeilen gemacht. Es zählt zu den besten und erfolgreichsten Bildungssystemen Deutschlands. Viele Bundesländer schauen auf uns, adaptieren unsere Lehrpläne, Konzepte und Grundsatzpapiere. Sachsen ist sozusagen Klassenbesten unter allen Bundesländern.“ Dagegen nahm sich die Selbstkritik bescheiden aus. „Sachsen hat es sich über Jahre geleistet, junge, gute Lehrerinnen und Lehrer wegzuschicken. Nun hat uns die Realität eingeholt. Die Annahme, dass wir für unser hochgelobtes, erfolgreiches Bildungssystem die Lehrerinnen und Lehrer bekommen, die wir brauchen, hat sich als falsch erwiesen.“ Zum Halbjahr konnten erstmals nicht alle freien Stellen besetzt werden, auch nicht mit Seiteneinsteigern, deren Anteil an den Neueinstel-

sicher: dass dieses Instrument der Vergangenheit in den Kollegien Ungerechtigkeit schaffen wird. „Sicher wird sich die Bewerberlage etwas entspannen. Doch alle wissen: Der Notstand ist nicht das Ergebnis versäumter Verbeamtung, sondern jahrelanger Personalfehlanforderung der CDU.“ Auch andere Länder, die schon verbeamteten, haben Nachwuchssorgen. Und: „Die Verbeamtung bringt keine Entlastung. Ohnehin profitieren nur lediglich 7.000 der etwa 33.000 Lehrkräfte. Die Altersgrenze benachteiligt gerade die, die in den vergangenen Jahren die Arbeit in den Schulen getan haben.“ Zur Beschwichtigung verweist Piwarz auf Maßnahmen, die solche Ungerechtigkeit angeblich abfedern: So soll es ab 2019 an weiterführenden Schulen 20 Prozent Beförderungstellen geben, mit denen Lehrkräfte höher eingruppiert werden können. Hinzu kommt ein Budget für Leistungsprämien. Nach welchen Kriterien diese Boni vergeben werden sollen, bleibt unklar.

„Wir stehen vor einem bildungspolitischen Scherbenhaufen. Von einem

Neuanfang, wie ihn der Ministerpräsident angekündigt hatte, sind wir im Bildungsbereich weit entfernt. Alles, was jetzt noch getan werden kann, ist, den Schaden zu begrenzen“, so Falken. Es sei gut, dass die Regierung nun langjährige Forderungen der LINKEN umsetze – wenn auch spät und nur notgedrungen. Dazu zählten die Ausweitung der Lehramtsausbildung an der TU Chemnitz und die gleiche Entlohnung in A13/E13 auch für Grundschullehrkräfte und „Lehrer unterer Klassen“ mit DDR-Abschluss. Aber es werde weiter mit kurzfristigen „Maßnahmenpaketen“ regiert, wo doch eine transparente und fundierte Bildungsplanung vonnöten sei. Falken forderte erneut ein Lehrpersonalentwicklungskonzept und eine attraktive Einstellungspraxis. Seiteneinsteiger müssten einen sechsmonatigen Vorbereitungskurs erhalten und vom ersten Schultag an erfahrungsbegleitend fortgebildet werden. Lehrkräfte ab dem 63. Lebensjahr müssten ein tarifliches Altersteilzeitmodell mit zusätzlichen Anrechnungsstunden bekommen.

Das wichtigste aber sei der Netto-Lohnausgleich für angestellte Lehrkräfte im Vergleich zu Beamten, der durch einen Tarifvertrag sichergestellt werden müsse. Denn Beamte bekommen deutlich mehr netto vom Brutto als Angestellte. Vielleicht ließen sich so auch viele Teilzeit-Lehrkräfte motivieren, ihre Stundenzahl zu erhöhen.

„Wir wollen keine Experimente, wir wollen unser bewährtes und erfolgreiches Schulsystem erhalten“, so Piwarz. Wir finden: Wenn die CDU wirklich noch etwas retten will, muss sie ihre Selbstherrlichkeit überwinden und bereit sein, wirklich neue Wege zu gehen.



Damit wir uns alle zuhause fühlen



Hoffnung!

Sie wird gebraucht in diesen Zeiten. Ein gutes Mittel, mit dem die Landesregierung sie stiften könnte, wäre der Staatshaushalt. Im Dezember entscheidet die Landtagsmehrheit über den Plan für 2019 und 2020 – und wieder über Rekordsummen. Wer glaubt, dass Ministerpräsident Kretschmer (CDU) damit neue Akzente setzen wird, irrt wohl. Zum Haushalt sagt er dasselbe wie sein Vorgänger. Die Beschwörung hoher Investitionen und niedriger Schulden macht aber keine Hoffnung. Man glaubt fast, Ex-Finanzminister Georg „Mister Njet“ Unland sei noch im Amt.

Die Linksfraktion hat sich bei ihrer Frühjahrsklausur in Erfurt auf erste Schwerpunkte für den Etat verständigt. „Wir wollen die unverbindliche Ankündigungspolitik des Kabinetts Kretschmer mit konkreten Alternativen im Interesse der Menschen vor Ort herausfordern“, sagt **Fraktionschef Rico Gebhardt**. Erstens macht die Linksfraktion den Vorschlag, den Finanzausgleich dauerhaft zugunsten der Kommunen zu verändern (s. Spalte). Besonderen Schub soll der

öffentliche Personennahverkehr erhalten, mit dem die Mobilität auch abseits der Metropolen steht und fällt. Derzeit hat nur die Hälfte der Bevölkerung Anschluss an Verbindungen, die über den Schulbus hinausgehen. Wir setzen zudem auf einen sächsischen Tarifvertrag für Lehrkräfte, der bundesweit konkurrenzfähig Nettoeinkommen schafft. Ohne Pensionslasten und mit mehr Netto – so soll der Beruf attraktiver werden. Weiterer Schwerpunkt ist die frühkindliche Bildung – die schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels soll finanziert werden. In zwölf Jahren soll eine Fachkraft in der Krippe nur noch drei, im Kindergarten 7,5 und im Hort 13 Kinder betreuen. Auch beim Kulturraumgesetz wollen wir drauflegen. Details gibt es bald auch zur flächendeckenden medizinischen Grund- und Notfallversorgung. Neben Investitionen in Krankenhäuser steht der Abbau des Fachkräftemangels insbesondere bei der Pflege an.

Sachsen soll allen einen Ort bieten, an dem sie sich zuhause fühlen können.

Eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass der Staat wieder funktioniert. Die CDU ist dafür verantwortlich, dass das oft nicht mehr so ist. Die Kassen sind zwar voll, aber das Geld kommt nicht dort an, wo es gebraucht wird: in den Kommunen, den Kitas, Schulen und Hochschulen, bei Freiwilligen Feuerwehren, in Krankenhäusern, Polizeirevierern, Justizvollzugsanstalten, Verkehrsverbänden. Nun müssen alle Beteiligten ständig darum ringen, dass es „irgendwie weitergeht“. In diesem ermüdenden, unpolitischen Kampf um Geld und Personalstellen stellt kaum jemand eigentlich wichtige Fragen – zum Beispiel: Wie soll gelernt und gelehrt werden? Wie schaffen und erhalten wir gute Arbeitsplätze, auch in Zeiten der Digitalisierung? Wie behalten wir im Kampf um Sicherheit unsere Grundrechte? Wie nutzen wir Energie, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören? Wie beleben wir die Demokratie, besonders die Volksgesetzgebung? Der Landeshaushalt muss Freiraum schaffen, damit wir endlich wieder über Politik reden können. Billiger ist Zuversicht nicht zu haben.

Kommunalfinanzen retten!

Sachsens CDU rühmt sich gern einer „soliden Finanzpolitik“. Doch für die guten Zahlen auf der Landesebene zahlen andere einen hohen Preis: die Kommunen bluten aus. In ihrer Zwangslage zwischen Pflichtaufgaben und kargen Einnahmen haben sie immer weniger Spielraum für Entscheidungen. Dabei wissen doch die Menschen vor Ort viel besser als die Dresdner Ministerialbürokratie, was sie brauchen!

Auf Antrag der LINKEN fand deshalb eine Aktuelle Debatte statt. **LINKEN-Kommunalpolitiker André Schollbach** schlug Alarm. „Die sächsischen Kommunen waren 2016 allein im Bereich der Kernhaushalte mit 2,9 Milliarden Euro verschuldet“. Das sei aber nur die halbe Wahrheit: Denn mehr als 80 Prozent der kommunalen Gesamtschulden sind aus den Kernhaushalten ausgelagert. „In ihrer Not lassen viele Kommunen die Kredite von Eigenbetrieben oder stadteigenen Unternehmen aufnehmen. Addiert man diese Kredite zu den Schulden der Kernhaushalte, kommt man auf einen Schuldenstand von sage und schreibe 15,7 Milliarden Euro.“ Zum Vergleich: Der Landeshaushalt umfasst etwa 18 Milliarden Euro pro Jahr.

Erschreckend sei auch der Umstand, so Schollbach, dass zu Beginn des Jahres 2018 insgesamt 296 Gemeinden und drei Landkreise noch ohne beschlossenen Haushalt dastanden – zum Beispiel Aue, Döbeln, Mittweida, Zwickau, Hoyerswerda, Kamenz, Bad Muskau, Niesky, Weißwasser, Coswig, Meißen, Riesa, Dippoldiswalde, Freital, Sebnitz, Grimma, Torgau.

Die Linksfraktion wird in der Haushaltsdebatte radikale Vorschläge machen. Erstens soll mehr Geld vom Freistaat zu den Kommunen umverteilt werden – 400 Millionen Euro pro Jahr. So erhalte jede Gemeinde pro Einwohner und Jahr 100 Euro mehr zur freien Verfügung. Zweitens sollen die Landkreise und kreisfreien Städte Regionalbudgets von jährlich 10 Millionen Euro als frei verfügbare Mittel erhalten. Das wären noch einmal 32 Euro je Einwohner.

Haushalts- und Finanzpolitikerin Verena Meiwald erinnerte an den Hilferuf parteiunabhängiger Bürgermeister, die im Herbst die Öffentlichkeit suchten. „Es handelt sich nicht um Horrorszenarien der Opposition, sondern um ein strukturelles Problem.“ Deshalb werde die Linksfraktion flächendeckende Verbesserungen einfordern.

Konzerne an die Kette!

Immer wieder entlassen Konzerne trotz guter Auftragslage vor Ort Beschäftigte und schließen Betriebsteile – weil sie nicht mehr ins Portfolio passen, Managemententscheidungen falsch oder die Profite zu niedrig sind, oder weil Finanzinvestoren Geld wollen. Die sächsischen Standorte von Bombardier und Siemens oder die Waggonbau Niesky GmbH sind nur die jüngsten Beispiele. Hunderte Industriearbeitsplätze stehen auf dem Spiel, Zulieferbetriebe und ganze Landstriche sind bedroht. Die Landesregierung nährt den Eindruck, die Politik könne lediglich an die Unternehmen appellieren oder gar neue Fördermittel anbieten. Das stimmt nicht. Klar, den Kurs oder Standortentscheidungen eines Unternehmens kann nicht der Landtag beschließen. Aber er kann Leitplanken errichten und die Regierung zwingen, in Berlin zu kämpfen – damit Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen müssen.

Die Linksfraktion fordert (Drucksache 6/12101): Massenentlassungen trotz Gewinnsteigerung verhindern! Die Landesregierung soll im Bundesrat dafür streiten, dass Unternehmen nicht mehr einfach hunderte Arbeitsplätze streichen können, obwohl sie Gewinne machen. Dazu müsste das Kündigungsschutzgesetz geändert werden. Kündigungen bei anhaltend

positiver Ertragssituation gälten dann als sozial ungerechtfertigt, sofern die Kündigungsgründe nicht in der Person oder im Verhalten der oder des Beschäftigten liegen. Soll davon abgewichen werden, müsste der Betriebsrat zustimmen. Auch mit dem Betriebsverfassungsgesetz ließen sich die Beschäftigten besser schützen. Der Betriebsrat soll Kündigungen widersprechen dürfen, die nicht aus vorrangig wirtschaftlichen Gründen oder wegen einer verringerten Auftragslage vollzogen werden.

Nico Brünler, Sprecher für Wirtschaftspolitik, erinnerte an das Inkrafttreten des Kündigungsschutzgesetzes 1951. „Damals herrschte Konsens: Unternehmen sind nicht in

erster Linie der Maximierung ihrer Gewinne und den Renditeerwartungen der Anteilseigner verpflichtet, sondern auch und besonders der Gesellschaft.“ Doch seit den 90er Jahren, nach dem Wegfall der DDR als sozialstaatlicher Alternative, komme dieser Konsens unter die Räder. „Maßstab ist vermehrt nicht mehr das Schicksal derer, die den Wohlstand erschaffen, sondern die Entwicklung der Börsenkurse und der Ertrag der Kapitaleseite.“

Betriebsräte sollten bei Massenentlassungen und Werksschließungen volles Mitspracherecht haben. Das wäre nicht das Ende, aber eine Zählung des Kapitalismus. Sachsen braucht eine Regierung, die das will!



Foto: Südstädter / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 3.0

Klimaschutz geht nur sozial gerecht

Der Begriff „Wende“ hat für die wenigsten einen positiven Klang. Er steht oft für Umwälzungen, bei denen viele zu Unrecht etwas einbüßen. Vorbehalte gibt es denn auch gegenüber der „Energiewende“, die nur funktioniert, wenn möglichst viele sie mittragen – auch im eigenen Konsumverhalten. Deshalb muss sie sozial gerecht erfolgen. Dafür hat sich die Linksfraktion eingesetzt und Vorschläge präsentiert (Drucksache 6/12637), die ökologische und soziale Ziele verbinden. „Wir wollen die Staatsregierung beauftragen, dafür zu sorgen, dass Privathaushalte besser Energie einsparen können. Gleichzeitig sollen ärmere Haushalte finanziell entlastet werden, damit sie nicht verdrängt werden“, so der **LINKEN-Klimapolitiker Marco Böhme**. Wir fordern,

■ dass Sachsen wieder Fördermittel für energetische Sanierung zahlt, sofern Heizungssysteme auf der Basis erneuerbarer Energieträger, Wärmepumpen und Wärmenetze verbaut werden.

■ eine Abwrackprämie für alte, stromfressende Haushaltsgeräte und kostenlose Energieberatungen für Menschen mit geringem Einkommen.

■ dass die „Kosten der Unterkunft und Heizung“ für Hartz IV- und Sozialhilfe-Betroffene trotz energetischer Sanierung in voller Höhe erstattet werden.

■ dass das Wohngeld an schwankende Heizkosten angepasst wird.

■ Sozialtarife für Strom, weil die Regelsätze nicht ausreichen; ein Gratis-Sockel für eine gewisse Strommenge soll die Grundversorgung sicherstellen und Verschwendung eindämmen.

■ die Wiedereinführung der staatlichen Strompreisaufsicht sowie

■ dass Sachsen nur noch ökologisch zertifizierte Dämmstoffe verwendet und fördert.

Energiearmut ist weit verbreitet, selbst nach der Definition der Bundesregierung. Haushalte gelten als energiearm, wenn mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens für die Energieversorgung draufgehen. Das betrifft etwa 13 Prozent aller deutschen Haushalte! Im Extremfall können Rechnungen nicht mehr bedient werden, dann wird abgeklemmt. 2017 traf das in Sachsen mehr als 8.000 Haushalte. „Stromsperrern lösen das Problem nicht: Die Menschen haben zu wenig Geld“, so Böhme. Auch die EU fordert von den Mitgliedstaaten, die Stromversorgung schutzbedürftiger Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten. „Eine Möglichkeit wäre, dass die kommunalen Stadtwerke auf Stromsperrern verzichten. Man kann auch über Prepayment-Zähler nachdenken, die in betroffenen Haushalten eingeführt werden könnten.“ Damit wird Strom wie das Guthaben eines Prepaid-Handys im Voraus bezahlt.

ben eines Prepaid-Handys im Voraus bezahlt.

Doch damit nicht genug. Die Landesregierung soll außerdem im Bund darauf hinwirken, dass die „Modernisierungsumlage“ gesenkt wird. Mit ihr dürfen Vermieter nach einer Modernisierung bis zu elf Prozent der Kosten auf die Mieterinnen und Mieter umlegen, auch dann noch, wenn die Maßnahmen längst bezahlt sind. „Für viele ist das eine Gelddruckmaschine, indem einfach irgendetwas modernisiert wird, etwa ein Fahrstuhl angebracht wird, wofür die Mieter ewig mehr Miete zahlen. Wir halten das für absurd“, so Böhme. Die Umlage solle auf sechs Prozent sinken und nur noch verlangt werden dürfen, bis die Modernisierung bezahlt ist.

Die Regierungskoalition wischt alles vom Tisch – kein Wunder. Denn als staatliche Lobbyorganisation für die Braunkohleunternehmen liegt ihr ja daran, dass die Energiewende nicht breit akzeptiert wird.



Kultur-Probleme bleiben vorerst ungelöst

Sachsens Landtagsmehrheit hat es abgelehnt, das Kulturraumgesetz zu modernisieren. Das Regelwerk ist zwar bewährtes Förderinstrument für Theater und Orchester, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, soziokulturelle Zentren, Tierparks, Festivals. Aber nach 24 Jahren sind Verbesserungen nötig, mahnt der **LINKEN-Kulturpolitiker Franz Sodann**. Anstatt LINKE Vorschläge im „Gesetz zur Weiterentwicklung der Kulturräume“ (Drucksache 6/11224) anzunehmen, wählten CDU und SPD den Minimal-Kompromiss.

Kunst- und Kulturschaffende hätten Hoffnungen in Evaluation des Kulturraumgesetzes im Jahr 2015 gesetzt, so Sodann. „Welche Enttäuschung! Das Gesetz wurde nicht durchleuchtet.“ Torsten Tannenberg, Geschäftsführer des Sächsischen Musikrates und Mitglied der Arbeitsgruppe, gab zu Pro-

tokoll: „Ein Manko der Arbeit waren fehlende Gutachter als Gäste. Aber es sollte schnell und ein wenig lautlos vonstatten gehen, nicht zu viel Staub aufwirbeln und keine Erwartungen wecken, die dann ohnehin nicht hätten befriedigt werden können.“ Dann folgte die zweite Enttäuschung: zwei Jahre Stillstand. Erst eine Woche nachdem die Linksfraktion ihren Gesetzentwurf vorgelegt hatte, kamen CDU und SPD mit ihrem Entwurf aus der Deckung.

Der war die dritte Enttäuschung, kritisiert Sodann. „Es gibt minimale Änderungen – etwa Planungssicherheit bei den Landeszuweisungen – aber das war es schon.“ Die Landes Bühnen werden weiter systemwidrig aus den Kulturraummitteln finanziert, die nun auf zu geringem Niveau festgeschrieben sind. So bleiben auch Haustarifverträge an Theatern und Orchestern, derentwe-

gen die Beschäftigten bis zu 30 Prozent weniger verdienen. „Und da sind sie, die ‚prekären Arbeitsverhältnisse‘. Ich nenne sie beim Namen: die beschissenen Arbeitsverhältnisse auch der Lehrkräfte an den Musikschulen, der Tänzerinnen und Tänzer, Schauspielerinnen und Schauspieler, Museumspädagoginnen und -pädagogen. Um das zu beenden, brauchen wir zwölf Millionen Euro mehr im System.“ Die Landesregierung aber lasse die Kulturräume ausbluten. Seit 2005 stiegen die Tarife im öffentlichen Dienst um 30 Prozent, die Kulturraummittel aber nur um neun Prozent.

„Kunst und Kultur sind kein weicher, sondern ein knallharter, identitätsstiftender Wirtschaftsfaktor“, bilanziert Sodann. Umso schlimmer ist es, dass diese Landesregierung nun die Probleme festschreibt, unter denen Kulturschaffende seit Jahren leiden.

Integration: Lösungen, die wohl keine sind

Regiert die AfD in Sachsen schon mit? Das könnte man vermuten, wenn man sieht, mit welchen Mitteln die Landesregierung inzwischen für Integration sorgen will. Sie setzt auf Zwang statt auf Motivation. Die Probleme wird sie so wahrscheinlich nicht lösen. Weil nicht nur einheimische, sondern auch geflüchtete Menschen bestrebt sind, sich dort niederzulassen, wo sie sich wohlfühlen, lebt mehr als Hälfte der anerkannten Asylsuchenden in Leipzig, Chemnitz und Dresden. Das verschärft die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, die eine Folge des Regierungsversagens ist. Nun soll es eine „Wohnsitzauflage“ richten, die Innenminister Wöllner klammheimlich und vorbei am Landtag ermöglicht hat – per Erlass, der nur auf Umwegen an die Öffentlichkeit kam. Ab April sollen die Landkreise anerkannten Schutzberechtigten für drei Jahre ihren Wohnort zuweisen dürfen. Welche Kriterien dafür gelten sollen, bleibt unklar, wie **Juliane Nagel, flüchtlings- und migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion**, nach einer Sondersitzung des Innenausschusses auf Antrag der Linksfraktion kritisiert. „Das gewählte heimtückische Verfahren eröffnet der Verwaltungs-Willkür gegenüber Geflüchteten Tür und Tor.“ Auch der hohe Verwaltungsaufwand stelle die Wohnsitzauflage als Instrument in Frage, zumal die Integration nur befördert werden könne, wenn nicht nur auf Basis der Einwohnerzahl verteilt wird, sondern etwa der örtliche Wohnungs- und Arbeitsmarkt mit betrachtet wird. Die Linksfraktion setzt auf „weiche Faktoren“, also darauf, die Lebensbedingungen für alle auch abseits der Großstädte zu verbessern.

Vor dem Hintergrund der angestrebten „Entlastung“ der Großstädte ist es ein schlechter Witz, dass Geflüchtete während des Asylverfahrens nun länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben sollen. Denn die konzentrieren sich – in den Großstädten. Während der noch immer monatelangen Verfahren dürfen geflüchtete Kinder dann nicht die Schule besuchen. Und fast die Hälfte der Asylbescheide wird hernach auf dem Rechtsweg korrigiert.

Nicht nur die kommunalen Spitzenverbände sind skeptisch, ob das alles helfen wird. Ihre Zustimmung erkaufte sich die Landesregierung mit einer leichten Erhöhung der Pauschale, die Landkreise und kreisfreie Städte für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern bekommen. Der Freistaat muss aber mehr tun!



Plenarspiegel März 2018

Die 68. und die 69. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 14. und 15. März 2018 statt.

Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen auf beiden Plenartagen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Sorgen der Kommunen ernst nehmen – Kommunalfinanzen zukunftsfest machen!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Weiterentwicklung der Kulturräume im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/11224)

Anträge

„Verhinderung von Massenentlassungen trotz Gewinnsteigerung“ (Drs 6/12101)

„Klimaschutz sozial gerecht: Für eine nachhaltige energetische Gebäudesanierung und bezahlbare Energiepreise für alle“ (Drs 6/12637)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Termine

Fachgespräch: »Psychosoziale Notfallversorgung in Sachsen«

18. April 2018, 16 - 19 Uhr
Dresden, Sächsischer Landtag

Krisenintervention und Notfallseelsorge z. B. bei Großschadensereignissen sind nicht landesweit koordiniert. Aus diesem Grunde wird gefordert, eine Landeszentralstelle PSNV einzurichten, welche u. a. für die regionale Vernetzung, die Ausbildung von Fachkräften und die Qualitätssicherung zuständig sein soll.

Wir bitten um Rückmeldung bis 13.4.2018 an

linksfraktion@slt.sachsen.de

Ausstellung zum 70. Jahrestag des Sorbengesetzes – wustajeńca składnostnje 70. róčnicy Zakonja wo zachowanju prawow serbskeje ludnosće

Vor 70 Jahren, am 23. März 1948, verabschiedete der Sächsische Landtag das „Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung“. In acht übersichtlichen Paragrafen legte es den Grundstein für die Vertretung der Interessen des sorbischen Volkes in Sachsen. Anlässlich des Jahrestages zeigt die Linksfraktion die allgemein

Čornak, Bürgermeister von Nebelschütz; Dawid Statnik, Vorsitzender der Domowina; Bjarnat Cyž, Vizepräsident der FUEN, Dachverband der autochthonen ethnischen Minderheiten in Europa, zudem Jan Budar, Direktor der Stiftung für das sorbische Volk sowie Judit Šotčina, Leiterin des Minderheitensekretariats in

großer gemeinsamer Anstrengungen, dafür zu sorgen, dass das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht wird.“

Heiko Kosel, sorbischer Abgeordneter der Linksfraktion, erklärte in seiner Rede, er „möchte dieses Jubiläum „70 Jahre Sorbengesetz“ zum Anlass nehmen, dafür zu werben, in einen gesellschaftlichen Dialog einzutreten, um den Schutz und die Förderung der sorbischen Sprache und Kultur in Zukunft noch realitätsnäher, demokratischer und damit am Ende effektiver zu gestalten.“

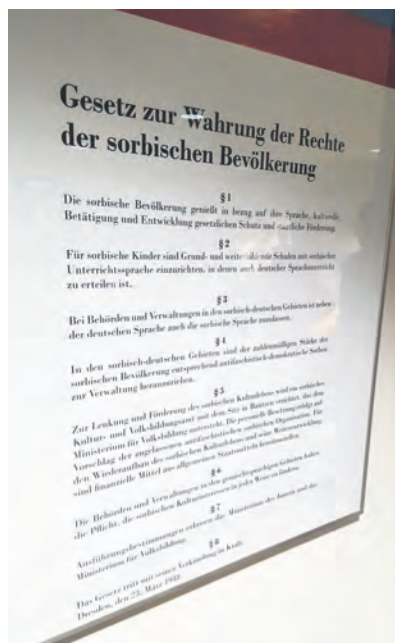


zugängliche zweisprachige Ausstellung „Die Sorben: Kultur und Recht im Selbstverständnis / Serbja: Kultura a prawo w sebjezrozumjenju“. Sie setzt sich aus Leihgaben des sorbischen Dachverbandes Domowina, der Stiftung für das sorbische Volk und des Sorbischen Museums in Bautzen zusammen.

Bei der Ausstellungseröffnung konnten wir hochrangige Gäste begrüßen. Unter anderem war Tomáš Jan Podivinsky, Botschafter der Tschechischen Republik, zugegen; außerdem Jaromír Kohlíček, tschechischer Abgeordneter des Europaparlaments, auch Odřich Bubeníček, Landeshauptmann der Region Ústí, sowie Měto Novak, Fachreferent der Landesbeauftragten für Angelegenheiten der Sorben / Wenden in Brandenburg. Dazu gesellten sich Renate Harcke, Fraktionsgeschäftsführerin der Linksfraktion im Brandenburgischen Landtag; Tomáš

Berlin. Für den musikalischen Rahmen sorgte das „Sorbian Art Trio“. **Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE**, sprach als „Nachfahre der deutschen Migranten, die in sorbisches Land eingewandert bzw. eingefallen sind – je nach Sichtweise. Gerade deshalb sage ich

Dass die Linksfraktion ihre Räumlichkeiten für Ausstellungen zur Verfügung stellt, ist schon eine lange und gute Tradition. Die repräsentative Demokratie läuft bekanntlich – unbeschadet aller ihrer Vorzüge – schnell Gefahr, zu repräsentativem Gehabe zu verkommen. Da sind Ausstellungen wie geöffnete Fenster zur Welt, die frische Luft ins „Hohe Haus“ strömen lassen. Die aktuelle Ausstellung wird unterstützt vom der Domowina – Bund Lausitzer Sorben e.V., der Stiftung für das sorbische Volk und dem Sorbischen Museum Bautzen. Noch bis Ende April kann sie von Montag bis Freitag zwischen 10 und 16 Uhr im Sächsischen Landtag besichtigt werden (4. Etage). Der Eintritt ist frei. Personalausweis nicht vergessen!



ganz bewusst und ohne jede Zuspitzung: Ohne lebendiges Sorbisch wäre Sachsen nicht Sachsen.“ Mit dem 1. Sorbengesetz „wurde zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands ein Gesetz zum Schutz einer ethnischen Minderheit beschlossen.“ Deshalb sollte dieser Tag „als Festtag in der sächsischen und deutschen Demokratiegeschichte begangen werden. Denn am Umgang mit den Minderheiten zeigen sich Zivilität und Humanität der Demokratie.“ Das „sorbische Siedlungsgebiet in Sachsen“ werde seit der letzten Bundestagswahl „von zwei direkt gewählten deutschnationalen Abgeordneten vertreten“ – am Verhalten der sorbischen Bevölkerung habe dies nicht gelegen. „Es bedarf

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag